

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich nachmittags für den folgenden Tag.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 9)

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Die Deutsche Allgemeine Zeitung ist im Laufe der letzten Jahre unausgesetzt bemüht gewesen, den an ein größeres unabhängiges Blatt gestellten Anforderungen des deutschen Publikums zu entsprechen. Gegenüber dem jetzigen regern politischen Leben in Deutschland wird sie in diesem Streben nicht ermüden, sondern demselben vielmehr durch vermehrte Anstrengungen und fortgesetzte Vervollkommnungen entgegenkommen. Ihre politische Richtung darf als bekannt vorausgesetzt werden und ebenso, daß sie in jeder Beziehung — durch Leitartikel, Originalcorrespondenzen und telegraphische Depeschen, sowie durch ein Feuilleton und die besonders sorgsam gepflegte Rubrik: Handel und Industrie — die verschiedenen Ansprüche der Leser zu befriedigen sucht. In Leipzig erscheinend, darf sie außerdem speciell für Sachsen und ganz Mitteldeutschland eine besondere Wichtigkeit beanspruchen.

Das Abonnement auf die Deutsche Allgemeine Zeitung beträgt wie bisher vierteljährlich nur 1 1/2 Thlr. Inserate (die Zeile 2 Ngr.) finden durch sie die weiteste und zweckmäßigste Verbreitung.

Annahme von Inseraten: In Leipzig: Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung und Heinrich Hübner; Altona: Haasenstein & Vogler; Amsterdam: Seyffardt'sche Buchhandlung; Berlin: A. Ketemeyer; Bonn: Henry & Cohen; Bremen: E. Schlotte; Dresden: C. Höcker und Redacteur Schanz; Frankfurt a. M.: Dr. Ed. Hartensfels und Jäger'sche Buchhandlung; Hamburg: Jakob Türckheim; Hannover: J. S. N. Mehlretter; Paris: Bureau Central pour l'Allemagne, 29, Rue des Bons-Enfants.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 24. Dec. In der diesjährigen Schlusssitzung der Bundesversammlung, welche gestern stattgefunden hat (Nr. 301), sind einige wichtige Gegenstände von allgemeinerem Interesse zur Verhandlung gekommen. Zunächst die hollsteinische Angelegenheit. Die in der Sitzung vom 9. Dec. gestellten Ausschußanträge wurden einstimmig zum Beschluß erhoben. Die praktische Bedeutung dieses Beschlusses liegt namentlich darin, daß den vereinigten Ausschüssen ausdrücklich zur Pflicht gemacht ist, sich von den demnächst beginnenden ihehoer Verhandlungen in genauer Kenntniß zu erhalten, um erforderlichenfalls sofort die entsprechenden Anträge am Bunde stellen zu können. Sodann kamen in der bekannten Auswanderungsangelegenheit die Anträge zur Abstimmung, welche der Ausschuß in der Sitzung vom 1. Juni gestellt hat. Dieselben beziehen sich bekanntlich theils auf die Verhinderung der unerlaubten Auswanderung, theils auf den Schutz der deutschen Auswanderer. Da die Vota der einzelnen Regierungen voneinander abweichen und eine sofortige Schlußziehung daher nicht angängig war, so wurde die Angelegenheit an den Ausschuß behufs weiterer Bearbeitung zurückgewiesen. Ferner gaben in der rasch abgethanen Sache von den beteiligten drei Regierungen zunächst Oesterreich und Baden eine Erklärung ab; in derselben wird beantragt, die Verhandlungen über bundesrechtliche Sanction der von ihnen vorgelegten Besatzungsconvention einstweilen auf sich beruhen zu lassen, da bei der gegenwärtigen Sachlage sich eine Verständigung über die differirenden Ansichten erhoffen ließe. Preußen hat darauf sich bereit erklärt, auch seinerseits unter Wahrung seines bisherigen Standpunkts auf eine einstweilige Aussetzung der Verhandlungen einzugehen. Hierdurch ist für die demnächstige Verständigung der beteiligten Regierungen untereinander der erforderliche Raum gewonnen. (Preuß. Z.)

— Aus Frankfurt a. M. vom 20. Dec. wird der Allgemeinen Zeitung geschrieben: „Preußen, als der bedeutendste Rheinuferstaat, hat es (im vollen Einverständnis mit Oesterreich) unternommen, nach Schließung der Conferenz zu Hannover die beiden kleineren Rheinuferstaaten Nassau und das Großherzogthum Hessen im Correspondenzwege zur Annahme der badischen Propositionen in Betreff der Rheinzölle zu bewegen. Es ist alle Hoffnung vorhanden, daß dies gelingen wird.“

Preußen. Berlin, 26. Dec. Die hinsichtlich einer Besetzung der Oberpräsidentenstelle der Mark Brandenburg verbreiteten Gerüchte hören wir als gänzlich unbegründet bezeichnen. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir andeuten, daß dem Minister des Innern, Hr. Flottwell, diese Stelle offen gehalten bleibt. Was die Angabe betrifft, welche in den letzten Tagen hier aufgetaucht ist, daß Hr. Flottwell in nächster Zeit das Oberpräsidium der Mark Brandenburg wieder übernehmen werde, so entbehrt dieselbe, wie wir versichern hören, in gleicher Weise eines thatsächlichen Anhaltspunkts. — In einem hiesigen Blatte heißt es in Bezug auf die deutsch-dänische Frage: „Wenn es eine Angelegenheit gibt, worin wir mit unbedingter Zuversicht auf das Ministerium Hohenzollern-Sigmaringen blicken, so ist es die Schleswig-holsteinische. Wir legen wenig Gewicht auf eine schon von manchem Mittrauischen ausgebeutete Erscheinung, auf die Thatsache, daß das Preussische Wochenblatt, bisher fast der mannhafteste und einsichtigste Verteidiger der Herzogthümer in der deutschen Presse, neuerdings seit Monaten darüber schweigt.“ Wir glauben in Bezug auf das Schweigen des Preussischen Wochenblatts der Auffassung ganz beitreten zu können, daß darauf wenig Gewicht zu legen ist, weil wir allen Grund zu der Annahme haben, daß dieser mehr zufälligen Erscheinung, die namentlich darin ihre Erklärung findet, daß den innern Fragen Preußens sich vorzugsweise die Aufmerksamkeit zugewendet hatte, keine ernsten und tiefen Gründe irgendeiner Art untergelegen haben. Das Schweigen des Preussischen Wochenblatts in der besagten Angelegenheit wird sicher nicht mehr von langer Dauer

sein. Uebrigens muß immer wiederholt werden, daß nur das gegenwärtig wirklich Erreichbare fest ins Auge gefaßt und dafür aber auch die ganze Kraft eingesetzt werde, um in dieser nationalen Angelegenheit wieder einen festen Boden zu gewinnen. — Mit Recht wird in der gebieneren Zink-eisen'schen Abhandlung über die Zukunft der orientalischen Frage (in Nummer's „Historischem Taschenbuch“) hervorgehoben, daß letztere auch in Zukunft noch ein Brennpunkt der europäischen Politik bleiben werde. Das eine scheint indessen als größter Gewinn des jüngsten blutigen Versuchs ihrer Lösung festzustehen: daß das Dasein, selbst die Integrität des osmanischen Reichs als wesentliches Erforderniß der europäischen Ruhe auf lange Zeiten gesichert sei, zumal wenn die begonnene Wiedergeburt desselben den glücklichen Fortgang haben sollte, welchen man im Interesse europäischer Civilisation und christlicher Gerechtigkeit nur aufrichtig wünschen und hoffen mußte. Wir führen diese Worte des genannten Verfassers der „Geschichte des osmanischen Reichs“ deshalb an, weil sie mit der Politik derjenigen Großmächte (unter diesen auch Preußen), welche es wirklich redlich mit der Aufrechterhaltung der Integrität des türkischen Reichs meinen, im vollen Einklange sich befinden. Die Reformbestrebungen zur innern Kräftigung dieses Reichs haben zwar bis jetzt nur unbefriedigende Ergebnisse geliefert, ohne jedoch als hoffnungslos betrachtet werden zu können. Es würde eine Unbilligkeit darin liegen, wenn man den wichtigen Staatsact, den Hat-i-Humaium vom 16. Febr. 1856, welcher alle Zweige der öffentlichen Verwaltung in Form und Wesen umgestalten soll, schon jetzt im ersten Stadium seiner praktischen Folgen einer schonungslosen Kritik unterwerfen wollte. Staatsreformen in einem Reiche, wo krankhafte Zustände der eigenthümlichsten Art, an denen eine Vergangenheit von Jahrhunderten hängt, durch gründliche Heilung überwunden sein wollen, haben mit Schwierigkeiten zu kämpfen, von denen man im übrigen Europa keinen Begriff haben kann, weil ihm solche Zustände glücklicherweise meistens ganz fremd sind. Seit vier Jahrhunderten hat es nicht gelingen wollen, die christlichen Untertanen des Großherrn in ein angemessenes Verhältniß zu dem osmanischen Staatswesen zu bringen. Es ist daher nicht zu erwarten, daß dies gegenwärtig mit einem Schlage werde in Erfüllung gehen. Europa wird sich in dieser Beziehung, möge der Wille der Pforte noch so redlich sein, noch auf lange Zeit hinaus in Geduld fassen müssen.

— Die National-Zeitung bespricht in einem längern Artikel die Bestrafung der Pressvergehen und meint, es sei unbestritten, daß es der Regierung sehr leicht sein würde, den nächsten Kammern einen umfassenden Gesetzentwurf zur Beseitigung der zahlreichen Mängel der bestehenden Pressgesetzgebung vorzulegen. Vor allem aber dringt sie auf die Verweisung vor Geschworene. Sie sagt: „Wer kann besser als einige unparteiische Männer aus dem Volke darüber urtheilen, ob in einem einzelnen Falle wirklich Haß und Verachtung gegen die Regierung, einen Stand oder eine Person ausgebreitet sei? Wenn zwölf Männer dies nicht finden, dann ist auch gewiß kein öffentliches Mergerniß gegeben worden, und nur eine solche That soll ja eventuell bestraft werden. Richter hingegen haften zu eng an der Auslegung des Gesetzesbuchstabens und die moralische Freiheit, mit welcher der Geschworene nach Maßgabe aller Umstände urtheilt, ob eine Aeußerung unstatthaft, zu weit gehend und straffällig gewesen, ist bei ihnen, gerade um deswillen, zum Nachtheile des Angeklagten, gebunden. Darum rechnen wir sicher darauf, die Frage der Kompetenz der Schwurgerichte in Presssachen heute oder morgen auf der Tagesordnung zu finden.“

— Bei der Nachwahl im vierten saachener Wahlbezirk (Stadt- und Landkreis Aachen und Kreis Cuyen) sind an Stelle des Ministers v. Auerwald und Obertribunalraths Blömer gewählt worden der Tuchfabrikant Bischoff und Dr. med. Gahn.

III.
Robert
ginn mit
ung wird
schrift in
bung den
die Seite
lmäßigen
zu Puffig
Julia Bn
pold Rom-
nn, Otto
kleineren
die Inter-
Natur,
Berichte
Preis
zig.
iversal-
arbeit und
m Placon
oir, Pe-
r.
Leipzig.
A. nach
M. Anf.
M. — B.
u. 45 M.
Hts. 10 U.
hm. 1 U.
C. Nach
R. Rchn.
u. Anf.
u. Abde.
ahn: A.
u. 45 M.
ttenberg),
30 M. (v.
u. Rchts.
f. Wrgs.
bds. 6 U.
u. Rchts.
u. Rchts.
hm. 2 U.
1 U. 45 M.
A. Nach
u. 45 M.
hm. 1 U.
u. Rchts.
u. 50 M.
Abds 6 U.
u. Son-
hm. 1 U.
hm. 4 U.
3 U.
ahn: A.
Rrgs. 7 U.
Abds. 6 U.
1. 25 M.,
15 M.—
u. Wrgs.
hm. 12 U.
C. Nach
R. Rchn.
u. Anf.
u. Rchn.
R.
fnet 2 a g
dner Str.
s, Cabi-
dehaufes.
10—4 U.
Abends in
inthalg. 1.